Deutschlands Ausland-Politik.

Von H. H. Von Mellenthin.

Nach Clemenceau Millerand. — Arbeit das Losungswort der neuen französischen Regierung. — Wesentlichkeit und Faktoren der auswärtigen Politik. — Ein Pakt der intelligenten und honetten Leute. — Rheinbabens Leitsätze. — Der Kurs auf grader Linie. — Verschiedene Orientierungs-Möglichkeiten. — Englands „Anbiederung" mit dem Blick aufs Geschäft. — Zwei Weggenossen. — Der Schweiß der Arbeit vor den Erfolg gesetzt.

Die Posaunen, welche Georges Clemenceau, den äußersten Exponenten der Gewaltpolitik, wie sie sich in den verschiedenen Friedensverträgen betätigt, bereits in die Präsidentschaft der französischen Republik hineingeblasen hatten, waren auf einen falschen Ton gestimmt. Aber es muß sich erst herausstellen, ob in dem plötzlichen Sturz des „Organisators des Sieges" eine neue Willensrichtung des französischen Volkes zu Tage getreten ist, oder ob Machenschaften eifersüchtiger und ob der Häufung der Machtfülle besorgter Politiker ihn veranlaßt haben. Clemenceau selbst hat früher einmal gesagt, daß er keinen einzigen wahren Freund habe. Er hat auch den Sieg, welchen er unlängst bei den Deputiertenwahlen errungen, so glänzend dieser äußerlich erschien, als „Pyrrhussieg" bezeichnet, und die Ereignisse, welche in seiner Niederlage bei der Präsidentschaftswahl kulminierten, haben ihm Recht gegeben. Ob nach der Entamtung nun auch der persönliche Einfluß Clemenceaus auf die Ausgestaltung der Geschicke seines eigenen Landes und auf die der Weltpolitik verschwinden wird, muß als mindestens zweifelhafter Posten in die große Zukunftsrechnung eingestellt werden. Die Erbschaft, welche er hinterlassen, wird zunächst von der europäischen Politik übernommen werden müssen, und von ihrer Liquidierung wird auch die Weltauslandpolitik berührt werden. Die Erbschaft Clemenceaus ist der Kampf; hat er doch selbst den Frieden, welchem seine starke Hand vor allen den anderen das Siegel der Gewalt aufgedrückt hat, als eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln bezeichnet. Die europäische Politik wird in der nächsten Zeit bestimmt werden durch den Kampf der verschiedenen Richtungen um die Ausführung der Gewaltverträge, wie sie von der Pariser Friedenskonferenz festgestellt worden sind. Die europäische Lage wird je nach der Richtung, welche in diesem Kampf obsiegt, bestimmt werden. Der Sieg derjenigen, welche die Frieden in ihrer Einheit aufrechterhalten wollen, würde Europa ruinieren. Die Möglichkeit einer Rekonstruktion liegt in der Durchsetzung der Auffassung, daß die Verträge undurchführbar, unpraktisch und für Europa verhängnisvoll sind. Es wird ein Kampf zwischen dem, nur mit der weiteren Geltung der Machtpolitik, die den Frieden diktiert hat, durchzuführenden politischen Vormacht-Herrschaftsgedanken und der, durch den Ausgleich der wirtschaftlichen Interessen möglichen Betätigung der Idee vom dauernden Frieden sein. Es wird ein Kampf sein zwischen den zufälligen Ansprüchen des nationalistischen Imperialismus und den Notwendigkeiten der wirtschaftlichen Interessengemeinschaft.

In der französischen Deputiertenkammer haben die Maulhelden und die Clowns des Nationalismus und des Imperialismus einen Zirkus aufgeführt. Léon Daudet, der Sohn des großen Alphonse, und Prinz Murat, auch Träger eines geschichtlichen Namens, haben nach dem Haupt des neuen Ministerpräsidenten, Alexandre Millerand, bereits bei dessen erstem Erscheinen vor der Volksvertretung gestochen. Die Waffe, welche sie geschwungen, ist die der Verleumdung und der Verhetzung. Millerand aber hat ihnen ein Wort zugerufen, welches in ganz Frankreich einen Widerhall finden muß, oder das Land ist verloren. Er hat die Notwendigkeit der Arbeit als die Vorbedingung einer Wiederaufrichtung Frankreichs festgestellt.

Nur unter Aufbringung und mit der Betätigung sämtlicher in Betracht kommenden und zur Verfügung stehenden Kräfte wird die Welt wieder eingerenkt werden können. Auch die Weltauslandpolitik wird auf die Gemeinsamkeit der Arbeit eingestellt werden müssen.

* * *

In der Auslandpolitik eines Staates stellen sich dessen Bestrebungen und Ansprüche betreffs seiner Stellung im internationalen politischen Leben und betreffs seiner Beteiligung am weltwirtschaftlichen Getriebe dar.

Es fragt sich nun, in wie weit oder ob überhaupt Deutschland heute imstande ist, eine auswärtige Politik zu treiben. Graf Brockdorff-Rantzau, ein sehr verständiger Mann, welcher wohl noch einmal zum Wort und dann zur Tat kommen wird, hatte, als er bei der Uebernahme der Leitung des deutschen Auswärtigen Amts sein Programm entwickelte, noch erklärt, er wolle auf eine aktive Auslandpolitik nicht verzichten; damals aber befand auch er sich noch in der Illusion der „Vierzehn Punkte". Der Staatssekretär a. D. Conrad Haußmann (Deutscher Demokrat) hat in einer großen Rede über „Demokratische Auslandpolitik" in der 107. Sitzung der Nationalversammlung vom 14. Oktober 1919 folgendes ausgeführt:

Die auswärtige Politik hängt ab von zwei Faktoren: von der Macht eines Staates und von seinem einheitlichen, stetigen und einsichtigen Willen. Die Macht des Staates in Deutschland ist zurzeit die Ohnmacht, und dieser Faktor kann die auswärtige Politik leider nicht bestimmen. Um so wichtiger wird der zweite Faktor, der stetige, einheitliche Wille. Dieser stetige, einheitliche Wille war in den letzten 30 Jahren in Deutschland leider nicht vorhanden. Um so mehr müssen wir aus dieser Erfahrung lernen und versuchen, einzuholen. Parteihader und eigensüchtige Interessenpolitik sollten dem Ausland gegenüber nicht mehr als Abbild des Deutschtums geboten werden. Es scheint mir nötig zu sein, ein paar Worte darüber zu sprechen, welches die künftige auswärtige Politik Deutschlands sein kann. Diese Politik ist maßlos schwer. Wir sind Objekt der Politik anderer, und es kann nur schrittweise versucht und erreicht werden, daß wir wieder Subjekt in der Politik der Welt werden. Es ist heute nicht dienlich, unsere Hoffnungen zu plädieren, und auch nicht, unsere Befürchtungen auszumalen. Aber weil die Gegner öffentlich behaupten, unsere Politik werde sein, Streit zwischen ihnen hervorzurufen, so möchte ich die Gedanken, die Graf Rantzau ausgesprochen hat, für so richtig halten, daß auch der jetzige Minister sich zu ihnen wird bekennen können. Es ist nicht unsere Politik, hinzuarbeiten auf einen Gegensatz der Ententemächte oder auf einen solchen zu spekulieren, schon deshalb nicht, weil nichts ein untauglicheres Mittel wäre. (Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.) Es werden Interessenverschiedenheiten der gegnerischen Staaten aus den natürlichen Verschiedenheiten erwachsen, und wenn sie erwachsen sind, wird Deutschland sich demjenigen Staate zuneigen können, müssen und dürfen, der den allgemeinen Interessen und darum auch den deutschen Interessen mehr dient. Es handelt sich nicht um ein Spezialprogramm, aber eine gewisse Richtung zu erkennen, wird wohl in einiger Zeit für das Volk und die anderen ein Bedürfnis.

Es muß angefangen werden, dem Mißtrauen entgegenzutreten. Es muß eine aufrichtige Politik sich auch in bestimmten Worten bei den jeweiligen Anlässen abheben. Deshalb habe ich gewünscht, daß in der Blockadesache eine bestimmte Haltung hätte ausgesprochen werden können, als es gestern der Fall gewesen ist. Wir müssen ebenso bestimmt ablehnen eine Politik der Hintergedanken wie die Taktik, gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Es ist jetzt populär, das Wort Gambettas: „nie davon sprechen, immer daran denken," nach Schülerart dahin, auszulegen, daß der, der von dem Stärkeren geschlagen worden ist, sagt: ich will größer werden, und wenn ich größer bin, dann werde ich Dir in der gleichen Münze heimzahlen. Mit diesem Gedankengange wird von den durch die Weltgeschichte widerlegten zornigen Politikern gespielt. Weil er der primitivste ist, hofft man ihn am leichtesten der Bevölkerung suggerieren zu können. Aber ich bitte, unser Volk nicht zu diesem Gedankengange zu verführen. Legen Sie sich die Frage vor: kann Deutschland allein je einen Krieg führen? Und wenn nicht, auf welchen Bundesgenossen für einen neuen Weltkrieg soll es rechnen? Auf Oesterreich? Auf Rußland? Auf Japan? Das ist alles eine Unmöglichkeit und würde nur das Band zwischen Amerika, England und Frankreich zu einem absolut unlösbaren machen. Es gibt andere Mittel und Kräfte als Handgranaten, um sich den Anteil an dem Einflusse auf die Welt zurückzuerobern, auf den Deutschland Anspruch hat, einen Anspruch, den es nie aufgeben wird. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Wir müssen dabei zugleich eine europäische Politik mitzumachen bereit sein, eine Politik, welche an der Aufrichtung Europas nach dieser ungeheuren Selbstzerfleischung ehrlich mitwirkt.

Unsere nächsten Ziele werden wirtschaftliche sein müssen, und deshalb werden auch die Mittel wirtschaftlich sein. Man spricht von Weltpolitik, ob man sie machen kann oder nicht. Wir müssen diese Frage ganz nüchtern und gar nicht resigniert betrachten, denn die Welt braucht Deutschland und Deutschlands Mitarbeit. Darum ist Deutschland wie jedes andere Volk, bei dem das gleiche zutrifft, ein Weltvolk und sein Verkehr mit den anderen unentbehrlich.

Daraus geht aber ein weiteres hervor. Wir werden wirtschaftlich und politisch immer reagieren auf die wirtschaftliche und politische Haltung der anderen. Wenn auch unsere Politik zurückhaltend sein muß, so soll sie nicht passiv sein, sondern korrespektiv sein; jedes Volk, jedes feindliche Volk, jeder Neutrale, welche uns Sympathie entgegenbringen, sollen wissen, daß wir uns mit Sympathie revanchieren werden vor allem dann, wenn diese anderen Völker selbst Respekt vor unserem Unglück haben. Dazu ist nötig, daß wir die Würde unseres Unglücks besitzen und nie gegen die Demütigung unempfindlich werden, welche uns angetan man vorhat. Wir wollen uns nicht ducken, wir wollen die Zähne zusammenbeißen, und wir wollen erkennen, daß wir in der Verbesserung unserer guten Eigenschaften noch eine Kapitalreserve besitzen, die wir nicht ungenützt lassen dürfen.

Es kann bälder kommen, als man denkt, daß sich ein stiller Pakt mit dem honetten und intelligenten Teil der feindlichen Völker bildet, daß sich eine öffentliche Verschwörung der anständigen Leute zur Herstellung sittlicher Beziehungen der Völker und des Völkerrechts bildet, sittlicher als Gewalt, Befehl und Fesselung. Wir glauben und dürfen glauben an den Geist, „welcher, früher oder später, den Widerstand der stumpfen Welt besiegt". Dazu brauchen wir eine auswärtige Politik, klar und wahr, zusammenhaltend und psychologisch. Die Geistesverfassung der anderen Völker muß ehrlich studiert werden, und aus dem Ergebnis dieses Studiums muß sich die Grundlinie unseres Verhaltens zum wesentlichen Teil ergeben und anheben."

Das ist trefflich ausgeführt, aber auf einen stillen Pakt der intelligenten Leute und auf eine Verschwörung der anständigen Leute zu warten, bedeutet eine Fristbestimmung von ganz nebelhafter Unsicherheit, und es gibt auch ganz honette und intelligente Leute, welche, sich auf den Wirklichkeitsboden stellend die Gegenwartsverhältnisse erwägend, zu dem Befund kommen, daß die Sympathien keinen so ausgiebigen Faktor bilden, als die Notwendigkeit, wie sie sich aus der Wirklichkeit ergiebt, und der Zwang unter der Geltung der gegenwärtigen Verhältnisse. Die deutsche Auslandpolitik wird längere Zeit noch sozusagen sich in der Defensive verhalten müssen, und auch in dieser Stellung muß der Fechter die Schwächen des Gegners auszunutzen verstehen. Die sich unter der Notwendigkeit der Gegenwart und dem Zwang der Verhältnisse auf der anderen Seite herausbildenden und immer deutlicher werdenden Interessengegensätze werden als Faktor in Rechnung gestellt werden müssen. Daß das deutsche Volk aus der Vergangenheit lernen will, stellt ja einen durchaus zu billigenden Entschluß dar, aber die Gegenwart fordert ganz neue Methoden, und für die Zukunft sind ganz neue Leitsätze aufgestellt. Wenn die Welt heute noch, und grade dort, wo Sympathien mit Deutschland und Respekt vor seinem Unglück vorhanden sind, kein rechtes Vertrauen in die deutschen Zustände gewinnen kann, so gilt das Mißtrauen der Dauer der bestehenden Verhältnisse, und zwar nicht dem guten Willen, aber dem Leistungsvermögen der heute in Deutschland Regierenden.

Auf diesen Punkt hat der Legationssekretär a. D. von Rheinbaben in seinem kürzlich erschienenen Buch „Aktive Außenpolitik (Gedanken für ein außenpolitisches Arbeitsprogramm der Deutschen Volkspartei) insofern hingewiesen, als er die Tüchtigen und Fähigen, ganz abgesehen von ihrer Parteizugehörigkeit, für die diplomatischen Auslandposten fordert. Er will die Auslandpolitik Deutschlands unabhängig von den Parteidoktrinen und Parteikonstellationen, von den Hemmnissen parteipolitischer Eigenarten befreit und von der Zufälligkeit der Schwankungen der parteipolitischen Strömungen losgelöst wissen. Er vertritt das Gebot der Notwendigkeit, ihr einen stetigen Kurs zu verleihen und sie auf eine in grader Richtung laufende Linie zu stellen. Der Verfasser des Buches hat den Inhalt seines Programms in folgenden Leitsätzen zusammengestellt:

1. Nationale Erziehung zum Verständnis außenpolitischer Fragen.
2. Einstellung der Außenpolitik auf den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens.
3. Wirken für Revision des Friedensvertrages.
4. Sachgemäße und organische Reform des auswärtigen Dienstes.
5. Förderung des Aufbaues unserer gesamten Auslandsbeziehungen mit dem Ziel der Wiederherstellung deutscher Weltgeltung.
6. Umwandlung des heute Völkerbund genannten „Bundes der Sieger" in einen wirklichen Völkerbund.

Freiherr von Rheinbaben ist ein durchaus staatsmännisch denkender Politiker. Aber seine obigen Leitsätze sind doch stark von des Gedankens Blässe angekränkelt und von der angegrauten Theorie verschleiert. Er warnt in seinen weiteren Ausführungen vor „einer sogenannten anti-englischen Kontinentalpolitik, wie überhaupt vor jedem anderen hochtönenden Programm, wie Ostorientierung, Westorientierung, ausschließlicher Völkerbundspolitik oder wie sie sonst alle heißen mögen". Er stellt indessen an einer anderen Stelle fest, daß „ohne ein wirtschaftliches Zusammengehen Deutschlands und Rußlands beide Reiche Objekte des angelsächsischen Kapitalismus bleiben werden und auf den Wiederaufbau ihrer Wirtschaft verzichten müssen". Das ist gewiß eine „Orientierung", und zwar die nach Osten.

Ein Teil der deutschen Presse wirft anläßlich der kürzlichen diplomatischen Neuernennungen der deutschen Regierung vor, daß sie den Kurs ihrer Auslandpolitik „in das brittischpolitische Fahrwasser steuere", eine Politik der Anlehnung an England betreibe. Selbst solche politische Antipoden wie Graf Ernst zu Reventlow von der „Deutschen Tageszeitung" und Dr. Georg Bernhard von der „Vossischen Zeitung", neuerdings einer der Hauptvertreter einer „europäischen Kontinentalpolitik", von welcher Freiherr von Rantzau nichts wissen will, stimmen in der Kritik der angeblichen pro-englischen Regierungspolitik überein. Wenn solche Politik damit begründet wird, daß Deutschland gezwungen sei, sich in der Zukunft an England anzulehnen, weil Amerika sich „so gleichgültig" verhalte, so bekundet diese Darstellung von neuem, daß man in Berlin über die hiesige Stimmung vollständig im Unklaren ist. Denn die „Gleichgültigkeit" besteht durchaus nicht Deutschland allein gegenüber, sie erstreckt sich auf das gesamte Gebiet der auswärtigen Beziehungen insoweit, als der Wunsch und der Wille sich geltend macht, sich aus der Vermeidung mit den Verhältnissen und Streitigkeiten der alten Welt herauszuziehen. Sollte die deutsche Auslandpolitik auf eine „Anbiederung der Briten mit ihrem Blick fürs Geschäft" wirklich reagieren, so dürfte es nach den Erfahrungen der Vergangenheit, von welchen die Deutschen doch lernen wollen, mindestens zweifelhaft erscheinen, ob die deutsche Auslandpolitik damit in die richtige gradlinige Richtung eingestellt sein würde.

Die wahre Absicht Englands, auch in Hinblick aufs Geschäft geht aus den Bestimmungen des Zusatzprotokolls, welches die Deutschen vorm Friedensschluß haben unterzeichnen müssen, hervor. Die Bedeutung dieser Bestimmungen ist noch nicht hinlänglich gewürdigt worden. Sie stellen gewiß nicht lediglich eine Strafe oder eine Gutmachung für die Versenkung der deutschen Flotte bei Scapa Flow dar. Die war den Engländern anläßlich des Streits um die Verteilung der betreffenden Schiffe unter den Genossen des Bundes gelegen gekommen, hatte ihnen indessen auch die Gelegenheit gewährt, mit neuen Ansprüchen hervorzutreten, um ihre Absicht, Deutschland wirtschaftlich im Außenhandel zu erdrosseln, durchzuführen und daneben auch auf Kosten der Anderen Geschäfte zu machen. Durch die Auslieferung der Bagger, Trockendocks, Schwimmkräne und Schlepper sollte einmal die deutsche Schiffahrt lahmgelegt und dann das englische Geschäft gefördert werden. Bilden sich infolge des Fehlens von Baggern Untiefen, auf welchen größere Schiffe festkommen, sodaß sie geleichtert und abgeschleppt werden müssen, so wird dieses Geschäft britischen Schleppern zugeschanzt werden. Müssen die Schiffe in Docks gehen, so bieten sich die britischen an. Größere fremde Schiffe sollen von der Fahrt nach den versandeten deutschen Häfen abgehalten werden, und London würde wieder der große Umladehafen werden, der es vor dem Aufblühen der deutschen Schiffahrt gewesen ist. Alles in die englische Tasche und nichts über das Geschäft! Aber es ist aus den ausländischen Reederkreisen, und auch aus amerikanischen, gegen diese beabsichtigte Füllung der englischen Tasche auf Kosten aller anderen bereits entschieden Stellung genommen worden.

Die britische Grabschpolitik wird, wie die französische Gewaltpolitik, immer deutlicher.

Sollte sich der Zukunft Deutschlands kein anderer Weg öffnen als der der britischen Anbiederung mit dem Auge aufs Geschäft, so würde die deutsche Auslandpolitik damit in eine Sackgasse geführt sein. Aber Freiherr von Rheinbaben gibt in den weiteren Ausführungen seines erwähnten Buches noch ganz andere Möglichkeiten zu. Er sagt:

In der kurzen Uebersicht über unser Verhältnis zu den einzelnen fremden Ländern und die Möglichkeiten, die sich unserer Außenpolitik dort bieten, habe ich besonderen Wert auf die Unterstreichung der Tatsache gelegt, daß der Frieden von Versailles nicht das Ende einer langen Unruhe der Welt bedeutet, sondern vielmehr infolge seiner Verkennung wichtiger Entwicklungstendenzen der Völker und der Welt überhaupt der Anfang einer Zeit weiterer Unruhe und Konfliktsbildungen ist. Selbstverständlich wollen und müssen wir den uns aufgezwungenen Frieden von Versailles erfüllen, soweit er überhaupt erfüllbar ist; wir wollen jedoch unablässig als Forderung des ganzen deutschen Volkes seine Revision verlangen, da unter seiner Herrschaft Deutschland nicht lebensfähig ist. Die Möglichkeit solcher Revision zwingt aber gerade von der aktiven Umgestaltung unseres Verhältnisses zur Außenwelt ab. Die um Deutschland herum neugeschaffenen Staaten haben infolge einer künstlichen, aus dem Haß unserer Feinde und unserer Machtlosigkeit heraus entstandenen Ueberspannung des Selbstbestimmungsrechtes mit erheblichen inneren Schwierigkeiten zu kämpfen; manche von ihnen werden auf der heutigen Grundlage überhaupt nicht fortbestehen können. Die Fragen des Balkans und des nahen Ostens haben nach dem Zusammenbruch der sie früher hauptsächlich bestimmenden Großmächte Oesterreich-Ungarn und Rußland eine Regelung erfahren, die nichts weniger als einen ruhigen Dauerzustand gewährleistet. Das ganze Ostproblem die Zukunftsentwicklung Rußlands harrt der Lösung. Die englische Politik ist weder ihm gegenüber, noch gegenüber der Frage, inwieweit Deutschland, ihr mächtigster, heute niedergeschlagener Gegner, wirtschaftlich lebensfähig zu erhalten ist, noch gegenüber der Zurückhaltung der Vereinigten Staaten fest orientiert. Frankreich gibt dem besiegten Erbfeind gegenüber in der Ausnutzung des mit Hilfe seiner Alliierten errungenen Sieges so weit, wie es ihm möglich scheint, und ist beherrscht von grenzenlosem Mißtrauen gegenüber der Möglichkeit, daß das trotz Verstümmelung seiner Grenzen an Bevölkerungszahl fast doppelt so starke Deutsche Reich je wieder erstarken und der Ungerechtigkeit der Ausnutzung des Sieges mit Machtmitteln begegnen könnte; nach der Abkehr Amerikas von dem Kampfe Europas sucht die französische Außenpolitik in überhasteter, krampfhafter Art als Ersatz für den transatlantischen Rückhalt Bundesgenossen auf dem europäischen Kontinent, eine Abwicklung, die wiederum der englischen Politik Anlaß gibt, einen von ihr selbst beherrschten Völkerbund, eventuell auch ohne Amerika, zu propagieren. Die Entwicklung der Dinge in der Union selbst deutet auf einen Kompromiß in der Frage der Vorbehalte zum Friedensvertrage, aber trotzdem auf ein gewisses politisches Desinteressement in Europa hin. Im fernen Osten steuert das Schiff der japanischen Politik unter der Flagge „Ostasien den Ostasiaten" geschickt, aber vorläufig noch einsam, seinen Kurs. Eine solche Weltlage ist also weit davon entfernt, der Menschheit wirkliche Segnungen des langersehnten Friedens zu verleihen. Sie enthält für die deutsche Außenpolitik die Forderung, jede Möglichkeit auszunutzen, die eine Wiederaufrichtung im Kreise der Völker verheißen kann.

Wir stehen, wie es scheint, vor dem Inkrafttreten des brutalen Friedenswerkes von Versailles. Machen wir endlich das Wort vom Verlernen der Sentimentalität wahr, halten wir allen Gegnern, insbesondere auch Frankreich gegenüber, die deutsche Würde hoch, aber zeigen wir den harten Tatsachen entsprechend auch den ehrlichen Willen, das zu leisten, was wir zu leisten vermögen und mit den Franzosen wirtschaftlich zu beiderseitigem Nutzen zusammenzuarbeiten. Eine ausgesprochen anti-englische Orientierung der Außenpolitik ist zu verwerfen; bei aller Stetigkeit ist Raum für die Möglichkeit eines gewissen Zusammenwirkens auch mit diesem Gegner zu lassen. Besondere Beachtung und besondere Förderung verlangen die Beziehungen zu Amerika und Rußland, d. h. zu den beiden Großmächten (Rußland wird es wieder werden), die im offenen Gegensatz zu England und Frankreich es ablehnen, aus dem Frieden eine Fortsetzung des Krieges gegen uns zu machen und von denen die eine sich innerlich von der europäischen Politik ihrer Kriegsbundesgenossen bereits getrennt hat, und aller Wahrscheinlichkeit nach uns wirtschaftlich helfen will, die andere, jetzt zwar noch beherrscht von Terror und Unvernunft, nach Durchdringen des demokratischen Gedankens (ohne ihn wird auch dort nicht mehr regiert werden) aller Wahrscheinlichkeit nach das Zusammenarbeiten mit Deutschland begrüßen wird. Dieses Zusammenarbeiten wird eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland sein und vielleicht seine ganze zukünftige Entwicklung — zunächst wirtschaftlich, später aber wohl auch politisch — entscheidend beeinflussen. Die Forderung nach dem Zusammenschluß der deutschen Stämme dürfen wir trotz des Friedens von St. Germain nie aus dem Auge verlieren und haben die Pflicht, ihr steten Ausdruck zu geben. Das große Werk der deutschen Einigung muß noch einmal, diesmal auf breiterer Basis, vollbracht werden.

Die Sentimentalität muß aus der deutschen Auslandpolitik ausgeschaltet werden. Sie muß auf die Gradlinigkeit der Politik Bismarcks zurückkehren. Der Wille muß, in welcher äußeren Betätigungsform auch immer, einheitlich und einsichtsvoll sein und die Fähigen und die Tüchtigen müssen mit ihrer Leitung betraut werden. Da ihr augenblicklich die Macht, sich nach irgendeiner Richtung durchzusetzen, fehlt, muß sie lernen, die sich bietenden Möglichkeiten auszunutzen.

Mit dem Betonen der eigenen Tugendhaftigkeit wird nichts zu schaffen sein, wenn auch ein solches Betonen unter den obwaltenden Verhältnissen erklärlich erscheint. Die Zukunftsmöglichkeiten werden Deutschland geboten werden aus den Notwendigkeiten der Gegenwart auch für die anderen und von deren Erkenntnis der eigenen wahren Zukunftsinteressen. Nach solchen Notwendigkeiten und der vorhandenen und sich noch ergebenden Interessengemeinschaft entsprechend wird Deutschland seine Außenpolitik orientieren müssen.

Das deutsche Volk muß des klugen Wortes des Buchs der Bücher eingedenk sein, welches der Sanftheit der Tauben die Klugheit der Schlangen als Weggenossen an die Seite stellt. Und es darf die Wahrheit nicht vergessen, daß die Götter vor den Erfolg den Schweiß der Arbeit gesetzt haben.

— Ideale sind der Extrakt großer Persönlichkeiten.

Die Zukunft der deutschen Wissenschaft.

Von **Professor Dr. Wilhelm Ostwald.**

(Vossische Zeitung, 25. Dez. 1919.)

Von allen Weihnachtszeiten der bald siebzig Jahre, die hinter mir liegen, weiß ich mich keiner trüberen zu erinnern. Selbst der Schrecken und Schmerz um unseren Zusammenbruch, der im vorigen Jahr um Weihnachten noch frisch war, hat nicht so niederdrückend gewirkt wie die Erkenntnis des letzten Jahres, der sich heute auch der aufrichtigste Demokrat nicht verschließen kann. Denn dies erste Jahr des demokratischen Volksstaates Deutschland hat gezeigt, wie gering die staatenbildenden Kräfte des deutschen Volkes sind, oder wie wenig die vorhandenen Kräfte unter den gegenwärtigen Verhältnissen zur Wirksamkeit gelangen können. Nicht weniger verheerend als die Bedrückungen unserer Feinde hat unter uns das grundverkehrte Verhältnis gewirkt, auf welches die große Masse der Nation sich zu der Arbeit, dieser maßgebenden Grundlage aller Kultur, eingestellt hat. Geschichtlich erklärlich, aber sachlich verderblich für unser inneres wie äußeres Dasein ist der Arbeitshaß, der leider so verbreitet ist und von frevelhaften Volksverderbern immer wieder genährt wird. Wahrlich: Will heute der Deutsche seinen bedeutsamsten Feind erkennen, so braucht er bloß aufzupassen, wer ihm seine Arbeit verleiden will: dort steht er. Denn Arbeit ist die einzige Quelle aller Werte bis zum höchsten hinauf, und daher gibt es im Himmel und auf Erden keinen anderen Weg, der uns aus der Tiefe wieder aufwärts führen kann, als den der Arbeit. Mehr als jede andere Zeit im Jahre ist die Weihnachtszeit geeignet, solche Betrachtungen anzustellen, denn die uralt natürliche Quelle dieses Festes ist die Wintersonnenwende, jene Zeit, wo die Allerhalterin und Allrösterin Sonne uns am kargsten scheint und die Nacht ihre längste Herrschaft übt. Wir wissen, daß alsdann die Nacht wirklich am längsten geherrscht hat. Schon am Neujahr sagen wir erfreut: Etwas länger ist der Tag doch schon geworden, und von dann ab geht es immer schneller aufwärts. Was die Natur ungefragt bringt, dürfen wir es auch an unserem Volke erhoffen? Von meiner ländlichen Einsamkeit aus kann ich es nicht wagen, eine allgemeine Antwort auf diese Frage geben zu wollen, nur in dem Gebiete, das mir durch ein langes Menschenalter bekannt ist, in dem der Wissenschaft, halte ich mich zu einem Urteil berechtigt, und hier kann ich aus voller Ueberzeugung sagen: Wir dürfen hoffen.

Vor allen Dingen deshalb, weil hier von einem Arbeitshaß überall nicht die Rede ist. Was beim Fabrikarbeiter sich nicht oft entwickelte und außerdem durch eine kurzsichtige Parteipolitik vielfach zerstört wurde, wo es zu keimen begann: das Arbeitsglück, ist bei den Angehörigen der Wissenschaft die Regel und steigt um so höher, je wertvoller die Leistung wird. So hat die Heimkehr aus dem Felde und die Befreiung von der Last des Krieges vielfach einen Arbeitshunger ausgelöst, der sich in der Ueberfüllung unserer wissenschaftlichen Anstalten und dem Anschwellen der wissenschaftlichen Produktion kräftigst geltend macht. In allen Schriftleitungen unserer wissenschaftlichen Zeitschriften häufen sich die Arbeiten, die wegen Papiermangels nicht gedruckt werden können, und auch das Ausland beginnt trotz der jahrelangen Hetze wieder die gewohnten Organe der Mitteilung aufzusuchen.

Und, wie das die Forschungen zur rationellen Wissenschaftsgeschichte als gesetzmäßig notwendig bewiesen haben: Parallel mit der Arbeit in die Breite geht es in die Höhe. Die drei naturwissenschaftlichen Nobelpreise, jene höchste Auszeichnung, welche die Wissenschaft kennt, sind heuer sämtlich an Deutschland gegangen, und den Sachkundigen ist schon jetzt klar, daß auch das nächste Jahr wieder mindestens einen Preis nach Deutschland bringen wird. Während die ganze übrige Welt über uns hergefallen war und uns zu dem schwersten Kampfe gezwungen hatte, den je ein Volk durchfechten mußte, haben wir noch Energie genug übrig behalten, um in der freien wissenschaftlichen Arbeit mehr zu leisten als alle anderen Völker zusammengenommen. Jetzt, wo man einigermaßen übersehen kann, was die letzten fünf Jahre insgesamt an wissenschaftlichen Fortschritten gebracht haben, können wir feststellen, daß auch, abgesehen von der eben erwähnten außerordentlichen Entdeckung (die etwas weiter zurückliegt), die erheblichste schöpferische Leistung dieser Zeit (durch welche nach der qualitativen Analyse des Lichts durch Newton endlich dessen quantitative Analyse mit allen ihren unabsehbaren Folgen ermöglicht wurde), auf deutschem Boden gewachsen ist.

In den Briefen, die ich während der letzten Jahre mit einem schwedischen Freunde gewechselt hatte, sprach dieser sich sehr skeptisch über die nächste Zukunft der Wissenschaft aus. Der allgemeine wirtschaftliche Niedergang, der dadurch entstanden ist, daß der werktätigste Teil der Menschheit fünf lange Jahre hindurch keine produktive Arbeit geleistet hat, muß nach seiner Ansicht auch die allgemeine wissenschaftliche Produktion drücken, die also gleichsam ein Luxus- oder Ueberschußprodukt sei, also bei allgemeiner Knappheit nicht gedeihen könne. Demgegenüber vertrat ich den Satz, daß die Wissenschaft gerade deshalb gedeihen würde, weil sie das sicherste Mittel zur Ueberwindung des gegenwärtigen Elends ist. Haben wir denn nicht schon während des Krieges immer wieder erlebt, daß sie, wie der Zauberer im Märchen, das bisher Unmögliche möglich machte? Und wo wir Mißgeschick und Unglück gehabt haben, ist es da nicht überall der Mangel an wirklicher Wissenschaft, nämlich an rationeller Voraussicht künftiger Dinge gewesen, was uns in das Unglück geführt hat?

Allerdings haben diese Erlebnisse denen, die die Fähigkeit zum Lernen haben, mit härtestem Hammer den Unterschied zwischen Wirklichkeitswissenschaft und Papierwissenschaft, oder kürzer, zwischen Wissenschaft und Scholastik in das Bewußtsein geklopft. Wir wußten nicht, wie unheimlich die Scholastik auf dem überfetten Boden Deutschlands in dem letzten Menschenalter emporgewuchert war. Alles das erweist sich jetzt, wo die harte Wirklichkeit alles niedertritt, was nicht innere Lebenskraft betätigen kann, als Unkraut, das verdorren muß, damit der Boden frei wird. Wie so manches, was sich vorher als Summa aller Kultur gebärdet hat, zeigt sich jetzt in seiner Hohlheit, da es nichts aufzubringen vermag, was unserem Volk zum Aufstieg helfen könnte. Der Historismus und Philologismus, von dem sich schon vor einem Menschenalter Nietzsche mit Grausen wendete, nachdem er ihn mit heißem Bemühen durchaus studiert hatte, steht jetzt das Ende aller Tage und die Herrschaft der Barbarei gekommen, bloß weil ihre eigene Herrschaft, die der Nation so schweren Schaden gebracht hat, in Gefahr steht. Denn man braucht sich nur zu fragen: Welche Kreise unseres Volkes haben sich während unserer schweren Zeit bewährt, und welche haben versagt? An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.

Wenn bei dieser Gelegenheit ein altes und schweres Versäumnis gut gemacht würde, das uns unermeßlichen Schaden gebracht hat, so wäre es ein gutes Weihnachtsgeschenk. Es ist das die Anerkennung der neueren technischen Wissenschaften als gleichberechtigt mit den alten. An den Universitäten waren die drei alten Techniken, Theologie, Jurisprudenz, Medizin, die ja sämtlich angewandte, nicht reine Wissenschaften sind, herkömmlich die „oberen" Fakultäten. Die gewaltigen Kulturleistungen, welche die neuen Techniken, Ingenieur- und Maschinenwesen, angewandte Chemie, Elektrotechnik betätigt haben, würden ihnen einen mindestens gleichen Platz sichern können, wenn nicht wirklichkeitsblinde Traditionen sich in den Weg gestellt hätten. Mit leuchtenden Augen gehen unsere Jungen durch das deutsche Museum von Meisterwerken der Naturwissenschaft und Technik in München, wenn ihnen ein glückliches Geschick solches vergönnt. Hier ist es, wo unser Volk seine Kraft zum Aufstieg holen wird; nicht aus verstaubten Pergamenten.

Wir Deutsche sind das wissenschaftlichste Volk der Erde. Und da die Wissenschaft von allen Leistungen, durch welche die Menschheit ihren Aufstieg aus dumpfer Tierheit bewirkt hat, das höchste ist, so sind wir dazu bestimmt, der Menschheit als Führer auf ihrem Wege zu dienen. Daran können weder äußere politische Schicksale etwas ändern, noch die inneren politisch-wirtschaftlichen Kinderkrankheiten, die wir eben durchmachen, so schwer sie sind. Umzubringen sind wir nicht, weder von äußeren Feinden noch von den eigenen Torheiten, denn wir haben das Mittel sogar gegen diese: eben die Wissenschaft.

Ein sterbendes Volk. Infolge der Grippe-Epidemie sollen die Eskimos so dezimiert sein, daß mit einem völligen Aussterben dieser Stämme gerechnet werden muß. Forschungsreisende melden, daß in manchen Städten 50 Prozent und darüber gestorben sind.

Die rote Armee.

Nach Berichten eines nach vierjähriger Verschickung aus Sibirien entflohenen Deutschen.

Helsingfors, 15. Dezember.

Die Rote Armee im bolschewistischen Rußland hat sich erst allmählich aus dem von Kerenski geschaffenen Chaos gebildet. Die wild zusammengewürfelten roten Garden, wie sie Ende 1917 und Anfang 1918 in Rußland ihr Unwesen trieben, existieren, jedenfalls im Innern des Landes und in Sibirien, nicht mehr. In Räterußland herrscht heute eiserne Disziplin, es wird bedingungsloser Gehorsam gefordert. Die Disziplinarstrafen im alten Sinne sind abgeschafft, heute wird, besonders im Felde, jedes Vergehen mit dem Tode bestraft. Die Armee ist zwar nach alter Art in einzelne Formationen eingeteilt, deren Bestand jedoch numerisch nicht feststeht.

Unser Gewährsmann hatte Gelegenheit, einige Truppenteile des linken Flügels der Roten Ostarmee (sibirischer Vorstoß im Herbst 1919) zu beobachten. Die Zivilbevölkerung, die während der bolschewistischen Offensive in Massen von Perm nach Tobolsk flüchtete, erzählte die grauenerregendsten Dinge über das Wüten der Roten Armee. Auch die Weiße Armee, die in jenem Gebiet gänzlich demoralisiert war, hatte sich durch zahlreiche Gewaltakte manches unliebsame Denkmal gesetzt. Um so stärker wirkte der ruhig besonnene Einzug der Roten in Tobolsk. Die Soldaten machten den Eindruck, als seien